

Eigenständiges Land – starke Demokratie



Bundesländer stärken

Ungeachtet des beträchtlichen Einsparungspotenzials lassen eine Staats- und Verwaltungsreform und eine damit zusammenhängende Neuordnung der Aufgaben von Bund, Land und Gemeinden weiterhin auf sich warten.

Wir müssen endlich klare Verantwortungen schaffen, Mehrgleisigkeiten abschaffen, überbordende Bürokratie reduzieren und die Spielräume der Länder erweitern. Am Ende einer Staats- und Verwaltungsreform müssen eine klare subsidiäre Aufgabengliederung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, sowie die Schaffung einer transparenten, leistungsorientierten Finanzverfassung und die Erweiterung regionaler Spielräume stehen.

Die bisherigen Vorschläge von Expertengruppen der Bundesregierung erfüllten diese Vorgaben nur in einem sehr geringen Maß.

Föderalismus statt Zentralismus

Jene Gebietskörperschaft, die eine Aufgabe am Besten erledigen kann, sollte diese auch in deren Verantwortung übertragen bekommen und selbständig Entscheidungen treffen können.

Eckpunkte einer föderalen Kompetenzaufteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip sehen wir vor allem im Bereich Schule und Unterricht, Gesundheit (Krankenanstalten), Abfallwirtschaft, Wasserrecht, Wohnbauförderung, Raumplanung, Veranstaltungswesen, sowie Katastrophen- und Rettungswesen.

Steuerhoheit für die Länder

Um die Spielräume der Länder auszubauen, müssen wir auch bereit sein, neue Ansätze in die Weiterentwicklung der Bundesländer mit einzubeziehen.

Eine finanz- und damit wirtschaftspolitisch regionale Gestaltungsmöglichkeit für die Länder über den Weg einer Steuerhoheit wäre ein solcher Ansatz. Mit diesem Modell wäre gewährleistet, dass Einnahmen- und Ausgabenverantwortung zusammengeführt und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Zukunft zielgerichtet und wettbewerbskonform gestaltet werden können.

Mit der Steuerhoheit könnten der Wirtschaftsstandort Vorarlberg gestärkt und damit Arbeitsplätze gesichert werden, da sich der durch die Steuerhoheit gewonnene Gestaltungsspielraum auch positiv auf die Lohnnebenkosten auswirken kann.

Bundesrat zu echter Länderkammer aufwerten

Neben einer klaren Aufgabenzuordnung für die Länder müssen aber gleichzeitig auch deren parlamentarische Kompetenzen gestärkt werden.

Um die Interessensvertretung der Länder deutlich zu stärken, ist eine Reform des Bundesrates hin zu einer echten Länderkammer notwendig. Es genügt nicht, lediglich die Nationalratsbeschlüsse nochmals „aufzuwärmen“, sondern der zahnlose Bundesrat muss mit einem kräftigen Gebiss ausgestattet werden.

Neben der Reduktion der Mitgliederzahl und der Wahl der Bundesräte aus den Reihen der Landtagsabgeordneten muss der Bundesrat bei Gesetzen, die die Länderfinanzen und Länderautonomie betreffen, ein absolutes Vetorecht erhalten. Nur so können die Länderinteressen nachhaltig gestärkt und das parlamentarische Geschehen in Wien aktiv beeinflusst werden.

Gemeindewahlen transparenter gestalten

Mit der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre und der Einführung der Briefwahl wurden zwar im Landtag bereits langjährige freiheitliche Forderungen endlich erfüllt, allerdings ist die notwendige Verwendung von zwei getrennten Stimmzetteln bei Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterdirekt-Wahl weiterhin offen.

Die hohe Zahl an ungültigen Stimmen bei den letzten Gemeindevertretungswahlen war größtenteils auf die unklare Unterscheidungsmöglichkeit zwischen Gemeindevertretungs- und Bürgermeister-Direktwahl zurückzuführen.

Die Wählerinnen und Wähler müssen klar zwischen den verschiedenen Wahlgängen unterscheiden können. Für die Wahl in die Gemeindevertretung, sowie für die Wahl des Bürgermeisters sind daher in Zukunft unbedingt zwei getrennte, farblich differierende Stimmzettel zu verwenden.



NEIN zum Mehrheitswahlrecht

Unsere Demokratie und mit ihr die Parteienlandschaft lebt von der Vielfalt.

Ein immer wieder von den Großparteien angedachtes Mehrheitswahlrecht, das eine Machtkonzentration einzelner Parteien bedeuten würde, lehnen wir entschieden ab.

Ein statisches Zweiparteiensystem, in dem gesellschaftliche Strömungen durch die Ausschaltung der Kleinparteien nicht mehr wiedergegeben werden, hat in einer modernen Demokratie nichts verloren. Die Stärkung der direkten Demokratie, der Mitsprache der Bürger und der Kontrollrechte – das sind Eckpunkte, die ausgebaut werden müssen, und keine Instrumente zum Machterhalt zweier Großparteien.

Dafür treten wir ein:

- **Staats- und Verwaltungsreform mit Stärkung der Länderkompetenzen**
- **Steuerhoheit für die Länder**
- **Aufwertung des Bundesrates zu einer echten Länderkammer**
- **zwei getrennte Stimmzettel bei Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahl**
- **Nein zum Mehrheitswahlrecht**